



Arbeitsgemeinschaft der
Wasserwirtschaftsverbände
in Nordrhein-Westfalen

**Niederschrift zur 19. Mitgliederversammlung
der agw am 26. April 2012 in Essen**

Entwurf

17. Oktober 2012

Paffendorfer Weg 42
50126 Bergheim

Telefon 02271 88-1339
Telefax 02271 88-1365

www.agw-nw.de
info@agw-nw.de

Niederschrift

zur Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Wasserwirtschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen am 26. April 2012 in Essen

Anwesende Mitglieder:

Prof. Bode, Ruhrverband, Essen (Vors.)
Brandt, LINEG, Kamp-Lintfort
Echterhoff, Emschergenossenschaft/Lippeverband, Essen
Prof. Firk, Wasserverband Eifel-Rur, Düren
Dr. Grün, Emschergenossenschaft/Lippeverband, Essen
Dr. Lindner, Erftverband, Bergheim
Prof. Scheuer, Aggerverband, Gummersbach
Prof. Schitthelm, Niersverband, Viersen
Schumacher, Bergisch-Rheinischer Wasserverband, Haan
Prof. Wille, Wupperverband, Wuppertal

entschuldigt:

Eckschlag, Wahnachtalsperrenverband, Siegburg
Frece, Ruhrverband, Essen
Dr. Stemplewski, Emschergenossenschaft/Lippeverband, Essen

agw-Geschäftsstelle:

Dr. Oehmichen, Bergheim
Frau Schäfer-Sack, Bergheim

Tagesordnung für die 19. Mitgliederversammlung der agw am 26. April 2012 in Essen

1. Begrüßung, Verabschiedung der Tagesordnung und Beschluss der Niederschrift der 18. **agw**-Mitgliederversammlung in Nettetal
2. Bericht des Geschäftsführers
3. Beratung der allgemeinen politischen Entwicklung im Land NRW
4. Novellierung der Liste prioritärer Stoffe: Beratung des weiteren Vorgehens der **agw** im Rahmen der anstehenden Konsultationen in Brüssel
5. Ergebnisse der Klärschlammumfrage der Verbände: Beratung der weiteren Schritte
6. Erlass des MKULNV zum Umgang mit den Umsetzungsfahrplänen
7. Urteil des Bundesfinanzhofs zu Beistandsleistungen bezüglich der Besteuerung von Tätigkeiten im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit
8. **agw**-Argumentationspapier über die Thematik der Übertragung der Gewässerunterhaltungspflicht auf Verbände
9. **agw**-Fachtagung Wasserwirtschaft und Energie
10. Verschiedenes

Zu TO-Punkt 1: Begrüßung, Verabschiedung der Tagesordnung und Beschluss der Niederschrift der 18. agw-Mitgliederversammlung in Nettetal

Herr Prof. Bode begrüßt die Mitglieder und Gäste. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird ohne Änderungen beschlossen.

Die Niederschrift der 18. Mitgliederversammlung vom 08. November 2011 in Nettetal wird einstimmig verabschiedet.

Zu TO-Punkt 2: Bericht des Geschäftsführers

Herr Dr. Oehmichen berichtet über die Aktivitäten der **agw** seit der letzten Mitgliederversammlung. Der Bericht ist der Niederschrift als separater Vermerk beigelegt.

Die **agw** hat sich zu Jahresbeginn in zwei Stellungnahmen im Rahmen des sog. „Blueprint zum Schutz der europäischen Gewässer“ zu den Themen „Fitness Check der EU-Süßwasserpriorität“ sowie zur „Wasserperformance in Gebäuden“ positioniert und sich zusätzlich an der Fragebogenaktion der Kommission zu beiden Themen beteiligt. Die Auswertung liegt inzwischen vor und ist den Mitgliedern bereits zur Kenntnis gegeben worden.

Als nächsten Schritt plant die EU-Kommission für November 2012 eine neue Strategie für die europäische Wasserpolitik. Hierzu wird sie bis Juni 2012 eine weitere Konsultation durchführen, an der sich die **agw** erneut beteiligen wird. Im Juni/Juli 2012 wird sich der federführende Umweltausschuss des Europaparlaments mit den Ergebnissen der Konsultation befassen. Der zuständige Berichterstatter hat dabei zentrale **agw**-Forderungen in seinem Berichtsvorschlag berücksichtigt. Hinsichtlich der bevorstehenden Landtagswahl in NRW verweist der Geschäftsführer auf die Tischvorlage zu TOP 3, in der die programmatischen Aussagen der Parteien zur Thematik „Umwelt“ zusammengestellt sind. Die **agw** wird, wie zur letzten Wahl, ein Papier mit Vorschlägen für die Parteien (Vorschläge der **agw** für die Zukunft der Wasserwirtschaft in NRW) erstellen. Dieses Papier befindet sich aktuell in Arbeit und wird kurzfristig mit den Mitgliedern abgestimmt.

Die Arbeitsgruppe Spurenstoffe liefert ein Beispiel dafür, dass es gelungen ist, das Knowhow der Mitarbeiter der Verbände aktiv in die Tagespolitik der **agw** einzubinden. So wurden dort die Vorschläge des SCHER- Komitees für die Ableitung der Gewässergüteziele im Entwurf der neuen Richtlinie prioritäre Stoffe einer kritischen Prüfung unterzogen. Das politische leichter verdauliche Konzentrat der fachlichen Kritikpunkte hat in die **agw**-Stellungnahme Eingang gefunden.

Auf Wunsch der **agw**-Mitgliederversammlung hat sich zwischenzeitlich die Arbeitsgruppe „Hochwasserrisikomanagement“ auch personell neu konstituiert. Die AG hat sich in einer sehr kurzweiligen und sehr gut besuchten Sitzung mit den Fragen der Umsetzung in den einzelnen RPs befasst und dabei eklatante Unterschiede festgestellt. Diese sollen nun in einem Gespräch mit den zuständigen Mitarbeitern im MKULNV erörtert werden. Ziel soll es sein, eine möglichst einheitliche Umsetzung in NRW anzustreben.

Neu konstituiert hat sich inzwischen ein **agw**-Spiegelgremium zur Überarbeitung des BWK M3/M7. Auf der ersten Sitzung wurde die weitere Vorgehensweise besprochen.

Die **agw** hat sich im Berichtszeitraum zu den folgenden 3 Themen schriftlich positioniert: Zur Süßwasserpoltik, zur Wasserperformance in Gebäuden sowie in einem Schreiben des **agw**-Vorsitzenden an Herrn Dr. Mertsch zum Kompetenzzentrum Mikroschadstoffe.

Zu TO-Punkt 3: Beratung der allgemeinen politischen Entwicklung im Land NRW

Der agw-Geschäftsführer erläutert an Hand der Tischvorlage die Vorschläge der Parteien zum Thema Umwelt. Aus der Zusammenstellung ist abzulesen, dass bei den Vorschlägen aller Parteien die Möglichkeit gegeben ist, sich eine mögliche Einführung zusätzlicher Anforderungen an die kommunale Abwasserreinigung offen zu halten. In diesem Zusammenhang diskutiert die Mitgliederversammlung die Initiative von Herrn Dr. Mertsch für NRW ein „Kompetenzzentrum Mikroschadstoffe“ aufzubauen. Der **agw**-Vorsitzenden hat sich in diesem Zusammenhang in einem Schreiben an Herrn Dr. Mertsch für eine stärkere Beteiligung von Hochschulen, Verbänden und der DWA an dieser Thematik ausgesprochen. Die Inhalte des Schreibens werden von den Mitgliedern einstimmig unterstützt.

Herr Prof. Wille berichtet in seiner Funktion als DWA-Landesvorsitzender über den aktuellen Stand zum Aufbau des Kompetenzzentrums. Eckpfeiler werden der Umweltcluster und das Netzwerk der DWA sein. Eine direkte Rolle für die **agw** ist aktuell nicht erkennbar. Es ist aber davon auszugehen, dass die Politik in dieser Frage die Fachkompetenz der Verbände nicht einfach übergehen kann. Die **agw** wird den weiteren Fortgang beim Aufbau und bei den Aktivitäten des Kompetenzzentrums intensiv begleiten.

Zu allen sonstigen Fragestellungen, was die programmatische Festlegung der neuen Landesregierung NRW betrifft, wird die **agw**-Geschäftsführung entsprechende Papiere vorhalten. Der **agw**-Vorstand wird sich kurzfristig nach der Wahl die Ergebnisse erörtern.

Zu TO-Punkt 4: Novellierung der Liste prioritärere Stoffe: Beratung des weiteren Vorgehens der agw im Rahmen der anstehenden Konsultationen in Brüssel

Herr Dr. Oehmichen berichtet über den Stand der Beratungen des Richtlinienvorschlags in Brüssel. Die **agw** hat an einer Anhörung des Berichterstatters, des österreichischen Abgeordneten Seeber, teilgenommen. Anwesend waren insgesamt rund 200 Personen, darunter Vertreter der EU-Kommission, der Ratspräsidentschaft, von Industrieverbänden, insbesondere der Pharmaindustrie, Umweltverbänden sowie weitere EP-Abgeordnete und deren Mitarbeiter. Für die europäische Wasserwirtschaft sprach der Verband Eureau. Vertreter weiterer deutscher Verbände waren nicht anwesend. Nach Einschätzung des Geschäftsführers erweckte die ganze Anhörung, die ca. anderthalb Stunden gedauert hat, den Eindruck eines abgekaterten Spiels zwischen EU-Kommission, Pharmaindustrie und Umweltverbänden. Herr Gammeltoft führte für die EU-Kommission aus, dass man vier Jahre lang die 15 neuen Stoffe beraten hätte, die sich letztendlich aus einer Stoffliste mit 2000 einzelnen Stoffen ergeben hätten.

Herr Seeber wird Ende Juli seinen Bericht zum Kommissionsentwurf vorlegen. Es ist noch eine zweite Anhörung geplant, da es wegen des Zeitdrucks nicht möglich war, die Thematik im Plenum ausreichend zu erörtern. Anlässlich des Termins wurde auch kritisiert, dass die EU keinerlei Vollzugshilfen zu ihren ehrgeizigen Zielen prioritärer Stoffe geben würde.

Die Mitgliederversammlung beschließt, dass bisherige Positionspapier auf drei bis vier Kernargumente zu konzentrieren und erneut in die Beratungen einzuspeisen. Es wurde betont, dass die Einladung der **agw** zur Anhörung nach Brüssel der durch die zeitgerechte, schnelle Erarbeitung ihrer Stellungnahme entstanden ist. Es hat sich als richtig erwiesen, dass sich die **agw** als sachkundiger Berater und nicht als Verhinderer der 4. Reinigungsstufe um jeden Preis positioniert hat. Unserer Kritik an der unzureichenden fachlichen Sauberkeit der Ableitung der Gewässergüteziele ist bei vielen Entscheidern auf offenen Ohren gestoßen. Diese hatten zwar ein Unbehagen gegenüber dem Vorschlag, konnten dies aber diesen mangels Fachkompetenz nicht formulieren. Die **agw**-Geschäftsführung wird auf der nächsten Mitgliederversammlung über den Fortgang der Beratungen berichten.

Zu TO-Punkt 5: Ergebnisse der Klärschlammumfrage der Verbände: Beratung der weiteren Schritte

Frau Schäfer –Sack berichtet an Hand einer Tischvorlage über die aktuellen Verbrennungskapazitäten der Verbände und die Planungen für die Zukunft. Es ist offensichtlich, dass die Möglichkeit, zu Vollkostenpreisen zu verbrennen, aktuell innerhalb der **agw** offenbar nicht gegeben ist. Hier kann es höchstens um Grenzkostenbeiträge gehen. Allerdings wird ggf. in fünf oder sechs Jahren der linksrheinische Mitver-

brennungsmarkt nur noch mit einem Anbieter zu tun haben, so dass auch hier die Preise sicher anziehen werden.

Die Frage der Phosphorrückgewinnung wird auch weiterhin bei den Verbänden eine Rolle spielen. Beispielsweise hat RWE signalisiert, dass sie auch zu einer Phosphorrückgewinnung bereit wären. Dies ist möglich, da sie die Klärschlammverbrennung auf eine einzige Straße konzentrieren könnten. Das ist wohl auch bei Müllverbrennungsanlagen der Fall, die über Chargenbetrieb arbeiten wollen. Der Ruhrverband versucht, eine Fläche zu langfristigen Lagerung der Verbrennungsschen auf einer seiner Kläranlagen von den Behörden genehmigt zu bekommen. Gemeinsame Aktivitäten innerhalb der **agw** erscheinen aktuell nicht sinnvoll. Inwieweit die deutsche Klärschlammverordnung demnächst novelliert wird oder ob mit der Verordnung Ende 2014 oder Ende 2013 bestimmte Entwicklungen forciert werden (Ende 2013 greift die Polymerfreiheit), ist abzuwarten. Die Mitgliederversammlung erteilt der **agw**-Geschäftsführung den Arbeitsauftrag, die vorgelegte Zusammenstellung um die Rubrik „Verbrennungskapazitäten“ zu ergänzen und die Daten den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Zu TO-Punkt 6: Erlass des MKULNV zum Umgang mit den Umsetzungsfahrplänen

Hintergrund dieses Tagesordnungspunktes ist der sog. des Raschke-Erlass. Die Brisanz des Erlasses liegt in der Formulierung von der Freiwilligkeit des gesetzlich vorgegebenen Zielerreichungsgebotes bei gleichzeitiger Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, für eine verbindliche Umsetzung vor Ort zu sorgen. Vor diesem Hintergrund wird versucht, einzelne Verbände zu zwingen, in ihren Gremien über die Umsetzung abzustimmen und sich zu positionieren. Im Gebiet des Wasserverbands Eifel-Rur stehen Maßnahmen für 500 Mio. € in der Diskussion, wobei allerdings meistens die örtliche Kommune der Träger oder zumindest der Restfinanzierer der Maßnahme ist. Im Bereich des Niersverbandes sind es Maßnahmen für 100 Mio. €, wobei innerhalb des Niersverbandsgebietes der Netteverband auch noch einmal knapp 100 Mio. € verausgaben möchte.

Die Verbände sind verständlicherweise sehr zurückhaltend, Blankoschecks zur Umsetzung dieser Maßnahmen zu unterschreiben. Man wird allenfalls die üblichen Procedere für die Verwirklichung von einzelnen Maßnahmen von den Gremien verabschieden lassen.

Im Ergebnis sprechen sich alle Verbände dafür aus, die Freiwilligkeit zur Maßnahmendurchführung zu erhalten. Ein Zwang kann in der Realität daran scheitern, dass Grundstückseigentümer die erforderlichen Flächen zur Verfügung stellen. Deshalb erscheint es konsequent, dass Verbände ihre eigenen Maßnahmen und die Maßnahmen, die sie als „Kümmerer“ für Dritte betreiben, unter Gremienvorbehalte stellen.

Zu TO-Punkt 7: Urteil des Bundesfinanzhofes zu Beistandsleistungen bezüglich der Besteuerung von Tätigkeiten im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Prof. Bode berichtet über die o.a. Thematik. Die Verbände sehen sich von dem Urteil nicht betroffen, da in den abgeschlossenen Verträgen grundsätzlich die Anknüpfung an eine hoheitliche Aufgabe zum Ausdruck kommt. Die **agw** wird zu dieser Thematik deshalb keine eigenen Aktivitäten ergreifen. Die Hauptbetroffenen sind aus Sicht der Mitglieder die kommunalen Verbände.

Zu TO-Punkt 8: agw-Argumentationspapier über die Übertragung der Gewässerunterhaltungspflicht auf Verbände

Die **agw** hat für die Mitgliederversammlung ein mit dem Vorstand abgestimmtes Argumentationspapier vorgelegt. Dieses Papier dient lediglich als Vorratspositionierung und soll erst eingesetzt zu werden, wenn dies im Rahmen der Novelle des LWG erforderlich erscheint. Da Herr Spillecke im Herbst 2013 in Pension geht, ist hier ein gewisser fachlicher Handlungsdruck gegeben. In der LWG-Novelle sind für die **agw** die Punkte Kanalnetzübernahme und Gewässerunterhaltung wichtig. Die Mitgliederversammlung beschließt den Titel des Positionspapiers zu ergänzen, indem neben der *Gewässerunterhaltung* auch die *Gewässerentwicklung* aufgenommen wird.

Zu TO-Punkt 9: agw-Fachtagung Wasserwirtschaft und Energie

Frau Schäfer-Sack berichtet über den Stand der Vorbereitungen. Diese sind durch die Verkündung der Neuwahlen durch die Landesregierung unterbrochen worden. Sobald die neue Regierung feststeht, wird versucht, einen Termin für die Fachtagung zu finden. Eine Beteiligung des Umweltministeriums wird unter der aktuellen politischen Konstellation als essentiell betrachtet. Ob das Umweltministerium auch nach der Wahl noch das einzig relevante ist, muss vor dem Hintergrund des Ressorts „Energie“ dann noch einmal bedacht werden.

Zu TO-Punkt 10: Verschiedenes

Die **agw**-Geschäftsstelle wird mit der neuen Hausspitze des Umweltministeriums einen Termin für ein Gespräch mit den Vorständen der **agw**-Mitgliedsverbände vereinbaren.

Herr Echterhoff berichtet, dass wahrscheinlich neue Tarifverhandlungen erforderlich seien.



Bernd Schumacher regt an zu prüfen, ob eine Arbeitsgruppe, die sich mit „energiespezifischen Regelungen für die Wasserwirtschaft“ auseinandersetzt, gebildet werden soll. Thematisch soll es vorrangig darum gehen, als Kläranlagenbetreiber möglichst geringe Kosten zu haben. Die Geschäftsführung wird sich in Absprache mit Herrn Schumacher um die Konkretisierung der Inhalte und um die etwaige Benennung von Mitgliedern für eine AG durch die Verbände kümmern.

Beim Thema „Fracking“ soll neben EG/LV auch der RV in die Arbeit bei der AG des Landes eingebunden sein.

gez. Dr. Ulrich Oehmichen

Bericht des Geschäftsführers agw-MV am 26. April 2012 in Essen:

Fortführung laufender Aktivitäten und neue Aktivitäten:

- Die **agw** hat sich zu Jahresbeginn in zwei Stellungnahmen im Rahmen des sog. „Blueprint zu Schutz der europäischen Gewässer“ zu den Themen Fitness Check der EU-Süßwasserpolicy sowie zur Thematik „Wasserperformance in Gebäuden“ positioniert. Inzwischen liegt die Auswertung (115 Antworten, davon die meisten aus Deutschland) des EU-weiten Konsultationsprozesses vor:
 - o Schließen von Lücken im derzeitigen gesetzlichen Rahmen vs. Neu Leitlinien
 - o Positiv: WRRL
 - o Negativ: Kommissionsmitteilung zu Wasserknappheit und Dürren, Nitratrichtlinie
 - o Notwendig: Besser Verknüpfung mit anderen Bereichen der Umweltpolitik wie Chemikalien und Landwirtschaft
 - o EU-Kommission will bis November 2012 eine neue Strategie für die europäische Wasserpolitik vorlegen (Schwerpunkt: Integration in andere Politikbereiche)
 - o Weitere Konsultation zu möglichen weiteren Maßnahmen zur Gestaltung der neuen Wasserpolitik (bis 7. Juni 2012)
 - o Diese Woche Beratung zum Bericht der ersten Konsultation im federführenden Ausschuss für Umwelt. Verabschiedung geplant für Juni/Juli 2012. Berichterstatter hat Kernforderungen der **agw** in seinem Berichtsentwurf berücksichtigt.
- Die **agw** hat im Vorfeld der Landtagswahl einen Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Thematik „Wasser und Umwelt“ erstellt (Siehe Tischvorlage). Gemeinsamer Nenner aller Parteien:
 - o Halten sich Hintertürchen für 4. Reinigungsstufe offen
 - o Umwelt- und Gewässerthemen rangieren weit hinter Energiefragen u. a.
 - o Der **agw**-Vorstand wird sich kurzfristig nach der Landtagswahl mit den Ergebnissen befassen.
 - o **agw** wird wie zur letzten Wahl ein Papier mit Vorschlägen für die Parteien (**Vorschläge der agw für die Zukunft der Wasserwirtschaft in NRW**) erstellen. Dieses Papier befindet sich aktuell in Arbeit und wird kurzfristig mit den Mitgliedern abgestimmt.

Aus den Arbeitsgruppen:

- AG „Spurenstoffe“:
 - o In der AG wurde der Entwurf der Novelle der EU-Richtlinie fachlich intensiv diskutiert. In einer UAG wur-

den kurzfristig die für wesentlich erachteten Neuerungen insbesondere die Ableitung der Gewässergüteziele für relevante Substanzen einer Bewertung unterzogen. Ohne die Hilfe der Fachleute aus den Verbänden wäre eine qualifizierte **agw**-Stellungnahme nicht möglich gewesen.

- AG Hochwasserrisikomanagement:
AG hat sich in einer sehr kurzweiligen und sehr gut besuchten Sitzung mit den Fragen der Umsetzung in den einzelnen RPs befasst und dabei eklatante Unterschiede festgestellt:
 - o Die Kooperationstiefe ist bei den einzelnen Verbänden unterschiedlich.
 - o RP gehen sehr unterschiedlich an die Umsetzung heran
 - o Unterschiede sind in einer Tabelle zusammengefasst
 - o Ergebnis war ein Gesprächswunsch mit dem MKULNV mit dem Ziel, die Umsetzung in NRW zu vereinheitlichen. Problem: Ministerium erscheint z.Z. wenig arbeitsfähig.
- AG Juristen:
 - o BFH-Urteil zur Umsatzsteuerpflicht
 - o Tariftreuegesetz
- **agw**-Spiegelgremium zur Überarbeitung M3/M7:
 - o AG hat sich konstituiert und hat die weitere Vorgehensweise besprochen.
- Benchmarking/Branchenbild Abwasser NRW:
 - o Versuch der Aquabench, das Ministerium mit ins Boot zu holen, wurden verhindert.

Gespräche:

- Wurden wegen des Landtagswahlkampfes abgesagt.

***agw**-Stellungnahmen:*

- Zur Süßwasserpoleitik:
- Zur Wasserperformance in Gebäuden
- Schreiben des **agw**-Vorsitzenden zum Kompetenzzentrum Mikroschadstoffe an Herrn Dr. Mertsch

Publikationen:

- Neue **agw** im Fokus: Vorschläge zum Themenschwerpunkt sind erwünscht

gez. Dr. Ulrich Oehmichen